

Sächsische Volkszeitung

Er erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Bezugspreis: Vierteljahr 1.80 M., halbes Jahr 3.40 M., ein Jahr 6.40 M.
Einzelnummer 10 Pf.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Verleger: Hermann Dieckhoff, Breitzelle ob deren Raum mit 154
Herausgeber: Dr. H. Dieckhoff, bei H. Dieckhoff, Adolph
Buchdruckerei, Neustadt und Buchhändler: Dresden,
Wilsdruffer Straße 43. — Remppacher Str. 130a.

Küchen- Uhren

Bestes Fabrikat



von 4-20 Mark.

GUSTAV SMY

Moritzstr. 10 Ecke König Johannstr.

Carl Häuser

Königl. Hoflieferant

Porzellan
Majolika
Terracotta
Kristall u. Metall

J. Olivier

Königl. Hoflieferant

Prager Str. 5.

Thee
Chocolade
Bonbons
Biskuits

Die Krisis im preussischen Abgeordnetenhaus.

Berlin, den 12. Dezember 1907.

Die Polenfrage wird immer mehr zum Mittelpunkt der inneren preussischen Politik. Der Reichszankler hat ja selbst erklärt, daß er diese Frage als die wichtigste ansehe. Leicht erklärlich, denn der Kaiser ist auf die bisherige Polenpolitik sehr schlecht zu sprechen; er ist der Ansicht, daß der preussische Staat hier eine Niederlage erlitten habe. Diese kaiserliche Auffassung ist jedenfalls nicht unzutreffend. Statt daß man aber nun den Ursachen des Mißerfolges nachgeht, verdoppelt man die harte und ungerechte Behandlung, was zu keinem Frieden führen kann. General v. Kiebert schlug einmal in Potsdam ein einfaches Mittel vor; er meinte, man solle die Polen von der Militärpflicht und der Schulpflicht befreien, damit sie zu Soldaten herab sinken, was sie stets gewesen seien. Schließlich muß der Reichszankler auch noch zu einem solchen Mittel greifen, weil alle anderen Gewaltmaßnahmen vertragen und vertragen müssen. Vorderrhand versucht es Fürst Bülow mit der Entsignungsvorlage. Vor vier Wochen noch hieß es, daß das Abgeordnetenhaus sie noch vor den Weihnachtsferien erledigen wolle. Aber es kam ganz anders. Schon im Plenum wurden erhebliche Bedenken geltend gemacht und in der Kommission kam es zur Ablehnung der Entsignung und zwar mit der Mehrheit von 19 gegen 9 Stimmen. Die Regierung erlitt hierbei eine Niederlage, die größer ist als die Ablehnung der Kanalvorlage. Jetzt drängte sie nicht mehr auf eine rasche Verabschiedung, sondern wollte zur Verhandlung mit der Opposition Zeit gewinnen. Sie hatte daher die nächste Sitzung der Kommission auf Freitag verlegt unter der Begründung, daß „innerhalb der Staatsregierung noch Erwägungen schwächen“. Hiernach unterliegt es keinem Zweifel, daß innerhalb der Regierung ernste Bedenken darüber bestehen, ob es angebracht ist, die Erledigung der Polenfrage in ihrer jetzigen Gestalt noch zu betreiben. Die auslagelagerten Konservativen haben schwere und nachdrückliche Bedenken gegen den Teil des Gesetzesentwurfes vorgebracht, der die Entsignungsfrage betrifft. Andererseits hat die Regierung sich ebenso gegen die Wünsche entschieden ausgesprochen. Es erscheint kaum möglich, daß es hier zu einer Einigung kommt. Es mußte also verhandelt werden; man mußte den Konservativen etwas entgegenkommen.

Die Wünsche der Konservativen gehen zunächst auf eine Änderung der Organisation der An siedelungs kommission. Darüber hat sich der konservative Abgeordnete v. Oldenburg am 29. November im Abgeordnetenhaus mit hinfälliger Deutlichkeit ausgesprochen. Der An siedelungs kommission wurde von ihm vorgeworfen, daß sie eine Ankaufsmethode betreibt, die „in einem Schematismus erstarrt“, der einen „vorteilhaften Kauf durch den Staat von vornherein ausschließt“. Auch das hatte der Führer des Bundes der Landwirte an der An siedelungs kommission anzufügen, daß sie Käufe von „außerordentlich potenten Deutschen“ mache, „auch von deutschen Fürsten“. Sehr ausführlich wies dann Abgeordneter v. Oldenburg nach, daß die Entsignungsbestimmungen ihren Zweck nicht erreichen, die Expropriation würde im Gegenteil zu einer wesentlichen Verreichung des Polentums führen. Die ganze Entsignung sei eigentlich gar nicht denkbar, ohne das Einverständnis des Staates bei Einkäufen, und zwar nicht nur in den Provinzen Posen und Westpreußen, sondern auch in den anliegenden Provinzen. „Wenn die polnische Bevölkerung durch Hunderte von Millionen in ihrer bisherigen Heimat flott gemacht wird, dann liegt es doch sehr nahe, wie es die Herren schon jetzt tun, daß sie sich in anderen Provinzen ankaufen. Wenn man nun sagt, in der Diaspora zu werden sie doch auch bemüht sein, sich in der Diaspora zusammenzuschließen“. Das größte Gewicht legte Abgeordneter Oldenburg sodann darauf, daß der Gesetzesentwurf in seiner jetzigen Fassung nicht mit Sicherheit ein Ausnahmengesetz gegen die Polen darstelle, denn es liege nicht die Gewähr dafür vor, daß die Entsignung eines Deutschen ausgeschlossen ist. Der Redner hob dann ausdrücklich hervor, daß seine politischen Freunde prinzipielle Bedenken und andere Bedenken gegen diese Vorlage hätten. Die ersteren würden sich schwerer überwinden lassen, jedenfalls sei es für die Konservativen nicht möglich, für das Gesetz in der jetzigen Fassung zu stimmen.

Man sollte meinen, daß dieser Standpunkt der Regierung gar nicht so unympathisch sei, denn er spricht nur offen aus, was die Regierung auch anstrebt, und doch kam es zum Bruch. Den Konservativen genügt die Erklärung des Finanzministers nicht, wonach eine Vorlage über Genehmigung von Parzellierungen in Posen, Westpreußen und den angrenzenden Bezirken beabsichtigt sei, sondern be-

standen vielmehr auf einem Veräußerungsverbot deutschen Grund und Bodens. Der Finanzminister lehnte dies aber mit Rücksicht auf die reichsgesetzlich garantierte Freizügigkeit ab. Von konservativer Seite wurde zwar die Erklärung abgegeben, daß man für die Vorlage in zweiter Lesung stimmen werde, falls in der Zwischenzeit Schutzmaßnahmen der von den Konservativen gewünschten Art geschaffen würden. Aber auch dann wurde nur die Zustimmung eines „Teiles“ der Konservativen in Aussicht gestellt. Immerhin wäre damit eine Mehrheit für die veränderte Vorlage vorhanden, was wir sehr bedauern würden.

Frieden in der Ostmark muß das Ziel einer guten Politik sein; Fürst Bülow hat diesen Frieden abgelehnt, er will den Kampf. Dabei wird er unterliegen, zumal es ein Kampf gegen die katholischen Polen ist. Man hat es auch in den letzten Jahren im Reichstage gesehen: alle fremdsprachigen Stämme finden Gnade bei der Blockmehrheit, soweit sie Protestanten sind. Aber für die katholischen Polen hat man den Knüttel. Der Funke des Kulturkampfes glimmt in der Ostmark; es ist die Schuld der preussischen Regierung, wenn er zur Flamme empor schlägt.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag legte am Donnerstag die 1. Lesung des Vereinsgesetzes fort, nachdem zuerst einige Rechnungsvorlagen nach kurzen Bemerkungen der Abg. Hug und Erberger erledigt worden waren. Die Debatte nahm teilweise einen sehr scharfen Charakter an. Der heftige Antikem-Bindewald leitete sie mit einer scharfen Kritik ein und auch der Elsfässer Wetterlé gab ganz scharfe Seitenhiebe. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Spahn wies hierauf die Angriffe von Dr. Müller-Reinigen, Pachnide und Hieber in Sachen des Kulturkampfes mit aller Entschiedenheit zurück und wahrte dem Papste das Recht, in Glaubensfragen frei zu entscheiden. Er legte dar, daß das Zentrum die Freiheit auch für die Kirche fordere, daß Staat und Kirche zwei von einander unabhängige Institute seien und bei den Berührungspunkten sich verständigen müßten. Nun kam der zweite Nationalliberale zu Wort. Auffallenderweise ist es auch ein früherer Theologe wie Hieber, der Direktor des Evangelischen Bundes; Everling hielt eine Rede, die geeignet ist, dem letzten Katholiken im Reich den letzten Rest von Sympathie für die Nationalliberalen zu vertreiben. Noch einige solche Reden und kein Katholik, auch kein sächsischer, wird selbst nicht in der Stichwahl eines nationalliberalen Kandidaten unterstützen können. Der sozialdemokratische Abg. Legien ging dem Gesetze recht scharf zu Leibe. Nach einer kurzen Bemerkung des Polen v. Chrzanoowski wird der Gesetzesentwurf an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen. — Nächste Sitzung morgen.

k. Berlin, 71. Sitzung vom 11. Dezember 1907.

In der zweiten Beratung der Rechnungen der Rasse der Oberrechnungskammer für die Rechnungsjahre 1903 und 1904, bezüglich derjenigen Teile dieser Rechnungen, welche die Reichsverwaltung betreffen, referiert Abgeordneter Hug.

Es folgt die zweite Beratung der allgemeinen Rechnung über den Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1902, nebst den dazu gehörigen Spezialrechnungen, einem Vorbericht und den Bemerkungen des Rechnungswesens.

Abg. Hug (Zentr.). Berichterstatter, referiert über die Rechnungen der Königl. preussischen Oberrechnungskammer für 1903 und 1904 und beantragt deren Genehmigung. Debatte wird die Genehmigung erteilt. Derselbe berichtet dann über die allgemeinen Rechnungen des Reichshaushalts für 1902 und behandelte näher die Grundzüge, welche für den Ausgleich der Fondsverrechnungen maßgebend sind. Der von ihnen namens der Rechnungskommission gestellte Antrag, dem Herrn Reichszankler für gedachte Rechnung Entlastung zu erteilen, wurde angenommen.

Abg. Erzberger (Zentr.) befragt die Regierung über die Übertragung der Fonds, die einen Fortschritt bedeuten und ein Erfolg des Reichsbudgets. Hieber habe der übertragbare Fonds zur leichteren Ausgabe veranlaßt; jetzt ist ein Kegel vorgeschoben und zur Sparsamkeit gemahnt. Er frage an, ob an alle Verwaltungen entsprechende Anweisungen ergangen seien?

Unterschatzsekretär Zewel: Da kann ich einfach sagen: Ja. (Beifall.)

Die 3. Beratung des Entwurfes eines Gesetzes, betr. die Handelsbeziehungen zum britischen Reich, vollzieht sich ohne Debatte.

Der Entwurf eines Gesetzes, betr. die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1907 nebst Anlagen (Förderung der Luftschiffahrt) geht an die Budgetkommission.

Die erste Lesung des Vereinsgesetzes wird fortgesetzt. Abg. Bindewald (Antik.) hat große Bedenken gegen die Zulassung der Frauen und Minderjährigen zu Versammlungen und Vereinen. Redner wendet sich gegen die Anmeldepflicht; die er für überflüssig hält. Der Artikel 7 führt in der Praxis dahin, daß er der Willkür Tür und Tor öffnet; man sollte bestimmen, daß ein solches Verbot nur zulässig sei, wenn die Sprache benützt werde zur beabsichtigten Agitation. Ich fürchte, daß die Nationalliberalen dieses Gesetz mit Haut und Haar schlucken werden (Heiterkeit), aber dann mögen sie das Wort liberal streichen. (Abg. Everling streckt beide Hände in die Höhe und ruft: hu!) Ich hoffe, daß das Gesetz am St. Nimmerleinstag in Kraft treten möge.

Abg. Wetterlé (Elsfässer): Als Verein sollte nur eine Vereinigung von mehr als 20 Personen angesehen werden. Artikel 7 verbietet uns das ganze Gesetz; wir anerkennen ihn nicht.

Warum dieser Rückschritt? Es ist unerhört, daß man hier einen Teil der Bürger vom politischen Leben ausschließen will. Wir wollen kein Wohlwollen eines Ministers, die wir von Berlin aus als Postpakete zugesandt erhalten, sondern ein gesetzliches Recht. Das Reichsland war 200 Jahre französisch; aber die Sprache war deutsch. Womit will man die Nationalgefühl miszen? Jede Partei im Hause ist schon als Reichsfeind angesehen.

Abg. Schickert (konf.): Der Kreis der anzeigepflichtigen Versammlungen sollte schärfer begrenzt werden. Die Litauer sind stolz, daß sie ein notwendiges Glied des Reiches sind; ganz dasselbe gilt von den polnischen Masuren. Wir wünschen eine entsprechende Änderung des § 7. (Beifall rechts!)

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Das Zentrum soll das Reichsvereinsgesetz vereitelt haben. Man sprach weiter vom Kulturkampf. Der Staat hat die Kirche nicht alimentiert, sondern die Kirche hat dem Staate viele Güter geben müssen. (Sehr richtig!) Staat und Kirche sind zwei nebeneinander bestehende Mächte; jede selbständig auf ihrem Gebiete; wo die Kreise sich scheiden, muß man zu einer Verständigung kommen; (Sehr richtig!) Wer hat denn auf den Kulturkampf hingewiesen? Die Vorlagen selbst durch die Ausnahmestellung der Orden. Da müßte das Zentrum die Sache zur Sprache bringen. Die Bemerkungen der freisinnigen Redner waren bezweifelhaft. 1896 hat das Zentrum an dem Antrage Rückert auf ein Vereinsgesetz mitgearbeitet; es tut auch hier mit. Wir haben den Wunsch, daß ein Vereinsgesetz zustande kommt; aber wir wünschen, daß es auch unseren Ansichten entspricht. Trindhorn hat die Vorzüge des Gesetzes anerkannt; er hat aber auch die Nachteile hervorgehoben. Das Gesetz muß so geschaffen werden, daß die süddeutschen Staaten keinen Rückschritt erhalten. Was sich in Süddeutschland bewährt hat, reicht auch für uns aus; das wirkt im Gedanken der Reichseinheit. Wir werden im Rahmen des Gesetzes mitarbeiten. Man darf doch nicht nur auf das sehen, was in Preußen rechtens war; gerade hier hat die Praxis zu vielen Beschwerden geführt, was die Beteiligung der Frauen betrifft, so hat 1902 auch Pachnide sich nicht für diese ausgesprochen; aber wir haben 1902 schon erklärt, daß wir für eine Beteiligung der Frauen an wirtschaftlichen Vereinen seien; nur gegen ihre Betätigung auf politischem Gebiete hat sich damals der Abg. Trindhorn ausgesprochen. Nun hat sich die Regierung geändert; auch im Reichstage ist ein Fortschritt gemacht worden. Ich glaube aber, daß die meisten Frauen vor wie nach sich nicht politisch organisieren werden. Aber hinter der Vorlage des Bundesrates kann jetzt der Reichstag nicht zurückbleiben. Wir haben uns in prinzipiellen Fragen nie auf Kompromisse eingelassen und wo solche zustande kamen, geschah es, um einen Fortschritt zu erzielen. Aber der § 7 ist ein Rückschritt; in seinem Gesetze befindet er sich, auch in Preußen nicht. Alle Bürger müssen vor dem Gesetze gleich behandelt werden. Mit Jaaten komme man hier nicht herüber. Ich hoffe, daß in der Kommission eine Lösung gefunden werde, die den Ausnahmeharakter beseitigt. Wir haben Professor Paulsen nie unsere persönliche Achtung verweigert. Ich weiß nicht, ob Pachnide den Sullabus kennt; jedenfalls gehört er nicht in den Reichstag. (Sehr richtig!) Er berührt die deutsche Theologie nicht, sondern die romanischen Länder. Das Recht des Papstes auf Wahrung des Dogmas müssen wir ihm zusprechen. (Sehr richtig!) Was die disziplinären Maßnahmen betrifft, so berühren diese die katholischen Fakultäten zunächst nicht; die Wünsche haben in dieser Frage mit den Einzelstaaten ihre Abkommen getroffen; wir stehen auf dem Boden der Verfassung des Reiches und der Einzelstaaten. Auch in der evangelischen Kirche spricht man von der Aufsicht durch die Oberkirchenbehörde. Wir haben vom Standpunkt des positiven Christentums stets alle Fragen der modernen Kultur behandelt und nehmen das Beste an. Der Dohn unserer Presse über den Noel wäre nicht gekommen, wenn kein Anlaß vorliegen würde. (Sehr gut!) Es ist gut, wenn manche Dinge aus der Wandelhalle des Reichstags unter die breite Verlesenschaft kommen. (Sehr gut!) Für die Aufhebung des Koalitionsverbotes der Landarbeiter haben sich schon vor Jahren ausgesprochen Dr. Viedert, Herold und Giesberts. Dätte ich nicht geirrt, hätte der Abg. Schirmer die Bedenken der christlichen Arbeiterschaft hier vorgetragen. Der Sozialdemokratie leiten wir keine Heeresfolge; wir bleiben selbständig. Für uns ist entscheidend die sachliche Erwägung und unser Programm; wir werden auch hier sorgen, daß das Gesetz gestaltet werde nach den Grundzügen von Wahrheit, Freiheit und Recht. (Beifall linker Seite.)

Abg. Everling (natl.): Wenn das Zentrum die Absicht hat, die Ordenfrage im Reichsvereinsgesetz zu regeln, so können wir ein Kulturkampf mit der umgekehrten Front. Das Zentrum hat ihn dann begonnen. (Widerpruch.) Eine Rückzugsparole war es nicht, aber es war viel vom famonischen Recht die Rede. (Natl.) Wir hatten es für einen Vorteil, wenn religiöse Dinge hier im Reichstage nicht besprochen werden, wir sind kein Kirchenrat. Die Protestanten haben Vorrechte in Preußen und Bayern, sie hemmen den Straßenvorkehr und wirken hindern auf den funktionellen Frieden da werden einem Hüte vom Kopf geschlagen usw. Die Protestanten dürfen keine Ausdehnung erhalten. Aber wichtiger ist die Ordenfrage. Die Orden kann man anderen Vereinen nicht abschließen, denn sie sind Sondergebilde. Der Staat muß größere Aufsicht über solche ausüben, zumal die Zeitung im Ausland liegt. Redner befragt die bekannte preussische Ordensstatistik. Dem Papst geben wir das Recht, bezüglich des Dogmas zu entscheiden, aber die Sache mit den Fakultäten berührt das Interesse des Staates. Ich hoffe, daß die Sache im Abgeordnetenhaus recht glücklich besprochen wird. Das Zentrum hat die Sache nicht, wieder in die alte Reihe zu kommen, es will dabei die Hochpreußen einbinden. Die Hochpreußen werden auf diesem Gebiete mitarbeiten in dem Sinne, daß wir alle Bürger eines Staates sind und mehr als solche fühlen, denn als Anhänger einer Konfession. (Beifall links und rechts.)

Abg. Legien (Soz.) will die Freiheit für religiöse Vereine in das Gesetz aufnehmen. Mit dem Zentrum verbindet uns nichts, die Kraft zwischen ihm und uns ist sehr groß. Wenn wir gelegentlich mit ihm zusammenstimmen, so geschah dies auch schon mit freisinnigen und konservativen. Das Koalitionsverbot für Landarbeiter muß fallen. Im Interesse der Arbeiter mühen wir gegen den Sprachenartikel stimmen. Redner macht eine Reihe von Einzelanstellungen gegen verschiedene Artikel und fordert Einigung der Volksbefugnisse.

Abg. v. Chrzanoowski (Pole): Paragraph 7 macht uns den ganzen Entwurf unannehmbar. Die meisten Polen beherrschen die deutsche Sprache nicht, ihnen nimmt man die Möglichkeit der öffentlichen Angelegenheiten zu erörtern.